

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 06 86 846 ppbn d

## Inhalt

Johannes Rau würdigt den  
87. Katholikentag: Seh-  
sucht nach Erneuerung.  
Seite 1

Klaus Thüsing MdB kriti-  
siert das Urteil eines  
Hamburger Gerichts:  
Welch eine Justiz!  
Seite 3

Horst Peter MdB untersucht  
das Verhältnis der Jugend  
zur Politik: Zwischen  
Protest und Anpassung.  
Seite 4

Ottmar Schreiner MdB schil-  
dert, wie Bayerns Mini-  
sterpräsident für die  
Reichen und Superreichen  
kämpft: Franz-Josef  
Strauß und das Wesen der  
Ehe. Seite 6

Fritz Riege MdL spricht  
sich für aktivierende  
Pflege als Beitrag für  
eine neue Sozialpolitik  
aus: Ziel ist die Inte-  
gration. Seite 8

37. Jahrgang / 169

7. September 1982

Sehnsucht nach Erneuerung

Der 87. Katholikentag machte ein starkes Gemeinschafts-  
gefühl sichtbar

Von Johannes Rau MdL  
Stellvertretender SPD-Vorsitzender, NRW-Ministerpräsident

Der 87. Deutsche Katholikentag hat in Düsseldorf fünf Tage lang spürbar werden lassen, daß es Sehnsucht nach Erneuerung gibt - nicht nur bei jungen Menschen. Freilich, unter den mehr als Hunderttausend, die in den Messe-Hallen, im Rheinstadion, in Kirchen, Parks und auf den Straßen diskutierten, sangen, beteten und demonstrierten, waren die Sechszehn- bis Dreißigjährigen die große Mehrheit. So war es erwartet worden, darauf hatte sich das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken eingestellt.

Die Friedensdiskussion hatte zentrale Bedeutung auf diesem Katholikentag, ähnlich wie beim Evangelischen Kirchentag in Hamburg. Sowohl der offizielle Katholikentag als auch die Parallelveranstaltung der "Kirche von unten" stellten sich diesem Thema. Sozialdemokraten wirkten in zahlreichen Veranstaltungen mit: Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Erhard Eppler, Heinz Rapp, Georg Leber, Willi Görlach, Wolfgang Roth und viele andere, darunter am Samstag auf der Kundgebung der Friedensbewegung auch Oskar Lafontaine.

Sie alle haben wie ich in enger Tuchfühlung mit anderen Christen diskutiert, die von Umkehr und Erneuerung wie von Friedens- und Gesellschaftspolitik unterschiedliche Vorstellungen haben. An die Repräsentanten der Amtskirche, an Theologen, Politiker, Gewerkschafter wurden unbequeme Fragen gerichtet. Zu erfahren war, wie auf einer Überfülle von Veranstaltungen der Wunsch nach wirksamen Taten, nach mehr Friedenssicherung, nach mehr Gerechtigkeit, nach Erneuerung im Glauben und im Verhalten durchbrach. Wer dabei war, wird von der Inbrunst dieser gesungenen Bitte "Gib uns Deinen Frieden" so beeindruckt sein wie von dem einhelligen Beifall, den die klare Absage an Gewalt, aber auch die Forderung nach Abschaffung der derzeit praktizierten Gewissensprüfung von Kriegsdienstverweigerern fand.



Kurz nach Abschluß des Katholikentages ist eine fundierte Beurteilung gewiß kaum möglich. Meine Eindrücke stammen aus Beobachtungen und vielen spontanen Gesprächen.

Das Streben nach stärkeren Bemühungen um ökumenische Gemeinsamkeit war unverkennbar, auch wenn offizielle Vertreter der Kirche dieses Thema nur vereinzelt aufgriffen. Daß Friede im eigenen Haus beginnen muß, daß Christen vorleben müssen, wie man auf sachliche Weise Konflikte miteinander austrägt - das sind unstrittig Gemeinschaftspositionen der Katholikentagsteilnehmer. Als der polnische Kardinal Macharski ausrief: "Nie wieder Auschwitz, Hiroshima, Nagasaki", erhielt er brausende Zustimmung; die Ablehnung aller Atomwaffen erscheint mir einhellig. Mit dem Begriff "Erneuerung" ist, wie ich meine, mehr als nur Erneuerung des Glaubens gemeint; anders kann Kardinal Höffners Feststellung, daß "in allen Konfessionen die Sehnsucht nach erneuerter Welt zu spüren sei", nicht verstanden werden. Erstaunlich aber, daß der Präsident des Zentralkomitees, der bayerische Kultusminister Hans Maier, von einer "Veränderung der Landschaft" sprach und das wohl nicht nur auf eine neue Glaubensehnsucht bezog ("Glaube ist nicht mehr der trübe Rest"), während Ministerpräsident Bernhard Vogel als Hauptredner der Schlußkundgebung unserer Gegenwart attestierte, sie sei eine "Zeit, in der die Faszination der Veränderung erlischt", und ausdrücklich davor warnte, sich dem "Rausch der Veränderung hinzugeben". Vogels Forderung, Erneuerung sei beim einzelnen nötig, "nicht im Kollektiv", macht deutlich, wie unterschiedlich dieses Leitwort des Katholikentages verstanden werden kann.

Mit seiner Beurteilung, daß dieser Düsseldorfer Katholikentag im Zeichen eines rück-sichtsvolleren, friedlicheren und ruhigeren Umgangs unterschiedlicher Gruppen miteinander gestanden habe, hat Hans Maier sicher recht. Seine Kritik an den "Wellen der Protestkultur" wurde allerdings ohne erkennbare Zustimmung aufgenommen. Das Angebot, im Hause des Vaters seien viele Wohnungen läßt darauf schließen, daß das Zentralkomitee sich klar darüber ist: Einheit in der Erneuerung des Glaubens kann nicht gleichzeitig Einheit in wichtigen welt- und gesellschaftspolitischen Fragen bedeuten. Dennoch ist auch starkes Gemeinschaftsgefühl sichtbar geworden. Daß unter Katholiken kein "Krieg um den Frieden" herrschen kann, wird bei allen Unterschieden in den Auffassungen zur Sicherheits- und Abrüstungspolitik ebenso akzeptiert wie die Erkenntnis, daß für den Frieden wirken heißt, bei sich selber anzufangen.

Liebe, Hoffnung, Glaube - das waren die Schwerpunkte der letzten drei Katholikentage. Viele suchen danach, im eigenen Bereich wie im Rahmen gesellschaftspolitischer, ja weltumfassender Erneuerung. Darum wird es auch beim 88. Katholikentag 1985 in München gehen. Aber auch die von Bernhard Vogel genannten drei Grundlagen menschlichen Lebens - Freiheit, Gerechtigkeit, Friede - werden auf der Tagesordnung bleiben. Das katholische Kirchenvolk wird dafür sorgen, und ich wage vorauszusagen: Themen wie die ökumenische Gemeinschaft, die Rolle der Frau in der Kirche und die Überwindung der Trennung in Katholikentagen "oben" und "unten" werden dann noch drängender sein. Bis dahin dürfen auch Sozialdemokraten einem Satz im Schlußgebot von Kardinal Höffner nachsinnen, der mir bedenkenswert erscheint: "Selber Ursachen setzen und nicht atemlos den Wirkungen nachlaufen."  
(-/7.9.1982/ks/ca)

+ + +



Welch eine Justiz!

Hamburger Gericht spricht NS-Mörder frei

Von Klaus Thüsing

Mitglied des Deutschen Bundestages

Das Landgericht Hamburg hat am 30. August den ehemaligen Leiter einer Außenstelle des KZ Neuengamme, SS-Unterscharführer Walter Kümmel, vom Vorwurf des Mordes freigesprochen. Der Vorsitzende Richter Günter Betram sagte in der Urteilsbegründung, es stehe zwar fest, daß Kümmel die Ermordung eines Säuglings veranlaßt habe, doch sei dies auf Befehl des Kommandanten geschehen. In einem anderen Fall habe die Ermordung eines weiteren Säuglings nicht bewiesen werden können.

Der Prozeß hat am 10. März dieses Jahres begonnen. Es handelte sich also um ein bemerkenswert kurzes NS-Verfahren. Mehr ist an dem Skandal aber nicht zu rühmen. In KZs war es üblich, Säuglinge zu ermorden, um die Arbeitskraft der Mütter zu erhalten. Aber Mord war das allemal. Freilich nicht für die Hamburger Richter. Das Rechtsempfinden bäumt sich gegen solche Ungeheuerlichkeiten auf. Kümmel hatte das ermordete Baby der Mutter in einem Pappkarton gezeigt. Dennoch erkannte das Gericht in dem Verbrechen keine niedrigen Beweggründe.

Mit dem Hinweis, es habe sich um einen Befehl des Kommandanten gehandelt, unterstellte die Strafkammer Befehlsnotstand. Das ist der erste Fall in der ohnehin nicht rühmlichen Geschichte der NS-Prozesse. Jeder Sachverständige kann nachweisen, daß es keinen Befehlsnotstand gab. Ansonsten könnten nämlich NS-Prozesse gar nicht mehr geführt werden, weil jeder NS-Verbrecher sich damit herausreden würde.

Der Hamburger Fall ist einzigartig. In anderen Prozessen scheinen die Gerichte sich aber auch nicht eben große Mühe zu geben. In Düsseldorf versucht seit dem 17. September 1981 eine Strafkammer, dem ehemaligen SS-Oberscharführer Heinz Wisner Morde nachzuweisen. Ein Ende des Prozesses ist nicht in Sicht.

In Frankenthal hat kürzlich eine Strafkammer den Judenreferenten bei der deutschen Botschaft in Bukarest, Gustav Richter, trotz Beihilfe zu tausendfachem Mord nur zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Richter brauchte keinen Tag seiner Freiheit einzubüßen, die Haft in der UdSSR wurde ihm angerechnet.

Auf der anderen Seite mehren sich die Fälle frecher NS-Beschönigung, ohne daß etwas geschähe. Der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger behauptete in einem NS-Prozeß, das Ghetto von Warschau sei aus Gründen der Hygiene eingerichtet worden. Juden seien stets Träger von Krankheitskeimen. Deshalb hätten sie von der Umwelt ferngehalten werden müssen. Strafanzeigen und Anträge auf ein Ehrengerichtsverfahren vor der Hamburger Anwaltskammer blieben unbeantwortet.

Zeugen aus dem In- und Ausland fühlen sich verhöhnt, fragen, warum man sie überhaupt nach Deutschland bitte, wenn man ihren Aussagen doch nicht glaube. Die NS-Zeit haben wir nicht bewältigt. Sie setzt vielmehr zum Sprung an, uns wieder einzuholen. Wer hätte das gedacht - wenige Monate vor dem 50. Jahrestag eines der widerlichsten Ereignisse unseres Jahrhunderts, der Übernahme der Macht durch die Nazis am 30. Januar 1933.

(-/7.9.1982/ks/ca)

+ + +



**Zwischen Protest und Anpassung**-----  
Der Jugend muß durch glaubwürdige Politik geholfen werden

Von Horst Peter MdB

Im Verhältnis zu unseren Kindern hat sich etwas verändert, sie sehen viele Dinge anders als wir und sie verhalten sich anders als viele Erwachsene es für gut halten. Das hat seine Gründe: diese Generation der 15- bis 18jährigen ist als "wandelnder Problemberg" herangewachsen. Für sie gab es nicht genug Kindergartenplätze, sie erlebte die Schulzeit in zu großen Klassen mit ständig sich verschärfendem Leistungsdruck, da die Erwachsenen ihnen sagten, nur der Beste habe bei den schlechter gewordenen wirtschaftlichen Bedingungen eine Chance. Sie erleben den Wettbewerb um die viel zu seltenen Ausbildungsplätze, bei dem das Hauptschulzeugnis gegenüber dem Realschulzeugnis und dieses wieder gegenüber dem Abitur und das schlechtere Abiturzeugnis gegenüber dem guten kaum etwas gilt.

Sie erleben, daß bei den riesigen Bewerberzahlen um die Ausbildungsstelle es immer wieder einen besseren oder einen mit besseren Beziehungen gibt. Sie wissen aber auch, daß fehlende Berufsausbildung die fast sichere Gewißheit künftiger Arbeitslosigkeit bedeutet. Damit werden viele zu Aussteigern, weil ihnen der Einstieg in die Gesellschaft nicht möglich ist. Die Werte der Erwachsenen wie Leistungsbereitschaft, materieller Wohlstand, Aufstieg durch Leistung haben sich entweder als erfolglos erwiesen oder sind nicht erreichbar. Wen kann es da wundern, wenn das Wertesystem bei der Jugend sich ändert.

Alle Untersuchungen zeigen, daß die Krisenerfahrungen wie Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt, Störung der sozialen Beziehungen durch Leistungsdruck und Konkurrenzdenken, Zerstörung des Lebensraums durch Entmenschlichung der Städte das Lebensgefühl der Jugendlichen geprägt haben. Dabei überrascht es, daß die traditionellen Unterscheidungen der Jugendlichen nach Geschlecht, Bildung und sozialer Schichtzugehörigkeit durch ihr allgemeines Lebensgefühl zunehmend verwischt werden. Es gibt viele Überschneidungen im Krisenempfinden zwischen Schülern, Studenten und Arbeiterjugendlichen. Allerdings werden die Probleme von den älteren und "gebildeteren" Jugendlichen artikuliert.

Die Shell-Studie "Jugend '81" kommt zu dem Ergebnis, daß fast 60 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren - bei den 15- bis 18jährigen dürfte es wesentlich mehr sein - die Zukunft pessimistisch beurteilen: die Hauptgründe sind Kriegsgefahr, schlechte wirtschaftliche Perspektiven und die mangelnde Fähigkeit und Bereitschaft der Gesellschaft, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach Gesichtspunkten der Gerechtigkeit zu bewältigen, Gefährdung der Umwelt durch Technik und Chemie. Dazu kommen die Widersprüche zwischen hohen gesellschaftlichen Werten und der Realität. So ist für viele Jugendliche nicht akzeptabel, daß der Rüstungshaushalt überdurchschnittlich steigt und in der Dritten Welt Menschen verhungern - um nur einen Widerspruch aufzuzeigen.

Bedeutsam für das Verstehen der Jugend ist, daß die Jugendlichen offenbar in der Bewältigung der Krisensituationen anders reagieren als die Erwachsenen. Gerade die gegenüber der Zukunft pessimistischen Jugendlichen sind nicht bereit, die Hände in den Schoß zu legen und die schlimmen Aussichten zu beklagen, im Gegenteil: Sie nehmen häufiger an den neuen politischen Protestbewegungen teil beziehungsweise unterstützen sie. Nach der Shell-Studie stehen 50 bis 80 Prozent der Jugendlichen positiv zur Friedensbewegung, zu Umweltschützern und Kernkraftgegnern, zu Gruppen mit alternativen Lebensweisen und zu Selbsthilfeinitiativen.



Es gibt offensichtlich einen engen Zusammenhang zwischen düsteren Zukunftsvorstellungen einerseits und der Bereitschaft zu Kritik, zu Engagement und zu Widerstand. Dabei zeigen die ersten Ergebnisse der Enquete-Kommission des Bundestags "Jugendprotest im demokratischen Staat", daß in der Jugendszene eine sehr ernstzunehmende und differenzierte Diskussion über Gewalt geführt wird. Bei der Erinnerung an die konservative Reaktion vieler Erwachsener in Krisensituationen, müßte das Verhalten dieser Jugendlichen eigentlich Mut machen.

Paradoxe Weise sind die in Bezug auf die Zukunft zuversichtlicheren Jugendlichen weniger politisch interessiert. Sie schließen sich eher kommerziellen, konsumorientierten unpolitischen Gruppen an - etwa Fanclubs und Cliques - ja, bei ihnen gibt es eine spürbare Tendenz zu autoritären Verhaltensweisen, zu Ausländerfeindlichkeit und zu law-and-order-Denken. Bei enttäuschter Zuversicht zeigt sich dann auch eine weit stärkere Anfälligkeit gegenüber Alkohol, Drogen, zu Resignation oder Aggression.

Die Schwierigkeiten des Dialogs der skeptischen Jugend mit den Erwachsenen gründen einmal in der unterschiedlichen Art sich in Krisensituationen zu verhalten - hier die Bereitschaft zu Protest und Kooperation der Betroffenen, dort Anpassung und Konkurrenz in der Hoffnung, doch noch einmal davonzukommen, wenn auch auf Kosten anderer - sowie andererseits in dem Mißtrauen, durch Dialog solle man doch nur ausgetrickst werden.

Diese Dialogverweigerung ist also Ausdruck von Mißtrauen. Es fehlt die Glaubwürdigkeit, die sich aber nicht durch Reden, sondern nur durch glaubwürdiges Handeln herstellen läßt. Die Chancen, die verlorene Glaubwürdigkeit wiederzuerlangen, sind vielleicht größer als man annimmt. Immerhin 87 Prozent der Jugendlichen sind nach der Shell-Studie der Meinung, daß die älteren Leute von den jungen Leuten etwas lernen können. Sie betrachten die Probleme, die sie bedrücken, nicht als jugendspezifische, sondern als gesamtgesellschaftliche alle Menschen betreffende Probleme. Der evangelische Theologe Prof. Dr. Bahr formulierte es vor der Enquete-Kommission "Jugendprotest im demokratischen Staat" als "Lebenshilfe", die die Jugend zur Bewältigung der Zukunft allen Menschen vermittelt. In der Friedensbewegung, der ökologischen Bewegung und in einer Vielzahl sozialer Selbsthilfeprojekte zeigten sich neue Formen der Problembewältigung: aktive Teilnahme und Kooperation auf der Basis von Verstehen und Mitgefühl statt Anpassung und individualistisches Konkurrenzverhalten.

Im Elternhaus erfordert das ernsthafte Eingehen auf die Wertvorstellungen der Söhne und Töchter, in der Politik heißt es den Versuch einer sichtbaren Änderung der Politik, bei dem die Fragen und Ängste der Jugend ernst genommen und nicht abgeblockt werden.

+ + +



## Franz-Josef Strauß und das Wesen der Ehe

Der CSU-Ministerpräsident kämpft für die Reichen und Superreichen

Von Ottmar Schreiner

Mitglied des Deutschen Bundestages

Beachtlich ist allerdings die Unverfrorenheit, mit der Franz-Josef Strauß im Vorfeld der hessischen und bayerischen Landtagswahlen Teile seiner eigenen Wählerinnen und Wähler "verkackelert". Die Frage ist, für wie dumm eigentlich ein Politiker die eigene Bevölkerung halten darf, ohne dafür vom Wähler bestraft zu werden. Der Brief des bayerischen Ministerpräsidenten an seine CDU-Kollegen (siehe Frankfurter Rundschau vom 27. August 1982) ist eines jener seltenen Dokumente, in denen sich ein bundesdeutscher Politiker in bemerkenswerter Offenheit und ohne ideologische Verbrämung gewissermaßen zum selbsternannten Weihnachtsmann für Reiche und Superreiche aufspielt. "Diese sozial unausgewogene und ideologisch geprägte Zielrichtung (des Haushaltes '83) zeigt sich besonders bei der vorgesehenen Kappung des Ehegattensplittings". Das Stichwort lautet "sozial unausgewogen"! Im Haushalt '83 ist vorgesehen:

Die steuerliche Entlastungswirkung des Ehegattensplitting wird auf cirka DM 10.000 begrenzt. Das Splitting erklärt sich ausschließlich aus dem Kriterium Ehe. Der von den Eheleuten gemeinsam zu versteuernde Einkommensbetrag wird halbiert, danach der für das hälftige Einkommen nach dem Steuertarif für Ledige sich ergebende Steuerbetrag verdoppelt. Der progressionsbedingte Splitting-Vorteil wächst mit steigendem Einkommen:

Von DM 926 DM bei einem alleinverdienenden Arbeitnehmer in der unteren Proportionalzone auf DM 14.868 bei einem zu versteuernden Einkommen von DM 260.000 und mehr.

Der Splitting-Vorteil begünstigt somit vor allem Ehen mit hohem Einkommen, die von einem Ehepartner erzielt werden. Die vorgesehene Obergrenze des Splitting-Vorteils führt bei etlichen Spitzenverdienern zu einer jährlichen, in Relation zu ihrem Einkommen von ihnen selbst wohl kaum bemerkten Begrenzung steuerlicher Vorteile. Gemessen an den Lasten, die im Haushalt '82 wie im Haushalt '83 den Arbeitnehmern, den Arbeitslosen, aber auch den Rentnern auferlegt werden (also im Regelfall den Beziehern eher bescheidenerer Einkünfte) stellt die vorgesehene Splitting-Begrenzung bestenfalls ein "Ausgewogenheits-Alibi" dar - von der FDP in der stillen Zuversicht toleriert, daß die konservative Mehrheitsblockade im Bundesrat funktionieren wird.

"Soziale Ausgewogenheit" im christlich-sozialen Sinne läßt sich am besten noch von den Polen her definieren: Waren es doch Franz-Josef Strauß und seine politischen Freunde, denen es vor einiger Zeit im Vermittlungsausschuß gelang, das eh schon kärglich bemessene "Taschengeld" von Altersheimbewohnern zu kürzen und den Eltern von behinderten Kindern teilweise Mehrbelastungen von mehreren einhundert DM pro Monat zuzumuten. Maßnahmen, die nunmehr wieder korrigiert werden - wohl weniger aus Gründen individueller Scham derjenigen, die diese Maßnahmen betrieben hatten; vielmehr, um öffentlichen Druck abzufedern. Andererseits öffentliches Wehklagen dann, wenn auch nur Bruchteile der Lasten auf den breiten Schultern abgeladen werden sollen. Dieses Lamento ist umso peinlicher, als die im letzten Fall Betroffenen selbst aus Gründen persönlicher Scham schweigen und zustimmen würden. In seiner Begründungsnot schreckt denn Strauß auch vor nichts mehr zurück: "Die Splitting-Regelung folgt aus dem Wesen der Ehe als Lebensgemeinschaft und ist daher nicht nur zulässig, sondern verfassungsrechtlich sogar geboten." Verwundern kann an diesem Unsinn eigentlich nur, mit welcher Dreistigkeit hier behauptet wird, das Wesen der Ehe bestünde gewissermaßen darin, die sozialen Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der eh schon Wohlhabenden noch zu befördern. Bekanntlich wächst ja der Splitting-Vorteil mit wachsendem Einkommen. Wenn die bestehende Splitting-Regelung, welche die schwächeren Einkommen gerade benachteiligt und damit den Sinn staatlicher Transferleistungen auf den Kopf stellt, sozusagen aus dem Wesen der Ehe



folgt, müßte sich Strauß - nachdem er sich nun als Sinnstifter für die Ehen von Spitzenverdienern bewährt hat - auch noch der kleinen Mühe unterziehen, gewissermaßen dem "kleinen Mann" beizubringen, was denn ihn nun eigentlich zur Ehe bewegen könnte.

Der Strauß'schen Erkenntnisfreudigkeit über das Wesen der Ehe läßt sich aber auch Gutes abgewinnen. Es wäre in der Tat an der Zeit, über die Sinnhaftigkeit des gegenwärtigen Familienlastenausgleichs zu diskutieren. Welcher Gerechtigkeitsbegriff liegt eigentlich der gegenwärtigen einkommensunabhängigen Kindergeldregelung zugrunde, die dazu führt, daß die finanziellen Belastungen der Eltern durch die Aufwendungen für die Kinder umso geringer werden, je höher das Einkommen ist? Nach den Berechnungen des "Vereins für öffentliche und private Fürsorge" beträgt die Kostentlastung durch das Kindergeld nur einen Bruchteil der tatsächlich entstehenden Kosten. Bei niedrigen Einkommensgruppen macht der über das Kindergeld hinaus verbleibende Rest in absoluten Zahlen eine Summe aus, die entweder den Lebensstandard der Eltern ganz erheblich schmälert oder aber zu Lasten der Kinder erst gar nicht aufgebracht wird. Dank der FDP immerhin konnten die Bemühungen der SPD im Zuge der Haushaltsgestaltung '83, eine einkommensabhängige Regelung zu finden, abgeschmettert werden.

Der steuerliche Kinderbetreuungsfreibetrag in Höhe von DM 600 je Elternteil und Kind kommt wiederum den Besserverdienenden zugute, da diese die Freibeträge auch ausschöpfen können.

Die nachgerade absurden Verteilungswirkungen im Familienlastenausgleich werden durch die bestehenden Regelungen des Ehegatten-Splitting noch verschärft. Der Steuervorteil wird umso größer, je größer der Unterschied zwischen den Einkommen der beiden Ehepartner ist. Demgegenüber werden Ehefrauen, die dank guter Qualifikation eine gutbezahlte Stellung innehaben, ebenso steuerlich diskriminiert wie alleinstehende erwerbstätige Mütter. Unklar unter sozialen Gesichtspunkten bleibt vor allem aber, warum die Vorteile aus dem Ehegatten-Splitting nachgerade sprunghaft steigen, je höher das Einkommen des Alleinverdieners ist. Es wäre schon sinnvoll, die in Gang gekommene öffentliche Debatte über die Reformbedürftigkeit der sozialen Sicherungssysteme auf die anskizzierten Tatbestände im Familienlastenausgleich zu lenken, die immerhin dazu führen, daß die staatlichen Kassen pro Jahr um etliche Milliarden DM geschröpft werden.

Eine unter sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Reform des Familienlastenausgleichs, die bei den unteren Einkommensgruppen noch einiges draufsatteln, dafür aber in den oberen Einkommensgruppen - gewissermaßen von den Betroffenen selbst kaum bemerkt - einiges abspecken würde, gäbe dem Begriff Familienlastenausgleich überhaupt erst einen Sinn.

Immerhin: In den Zahlen von 1979 betrug der splitting-bedingte Steuerausfall DM 27,5 Milliarden, das Kindergeld rund DM 16,1 Milliarden. Die Systematik der staatlichen Transferleistungen im Familienlastenausgleich läßt sich auch durch dieses Beispiel beschreiben:

Eine Arbeiterfamilie erhielt im gleichen Jahr für zwei Kinder DM 1.800 Kindergeld; demgegenüber brachte die Haushaltsführung durch die Ehefrau, unabhängig davon, ob sie überhaupt stattfand, dem alleinverdienenden Ehemann mit einem Spitzeneinkommen von DM 260.000 aufgrund des Splitting-Vorteils eine jährliche Steuerersparnis von nahezu DM 14.000.



Ziel ist die Integration  
-----

Aktivierende Pflege - ein Beitrag für eine neue Sozialpolitik

Von Dr. Fritz Riege MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Sozialdemokraten wie Peter Glotz, Eugen Glömbig und Johano Strasser rufen nach einer Reform der sozialen Sicherung unter den Bedingungen von heute. Sie sollen sich nicht - wie augenblicklich noch der Deutsche Gewerkschaftsbund - nur mit der Forderung nach einem sozialpolitischen Zurück auf den alten Status vor den Haushaltsoperationen des Bundes begnügen. Sie suchen vielmehr den Weg nach vorn, um dem Ruf von CDU/FDP nach einer Trendwende zurück in die 50er Jahre wirksam begegnen zu können. Sie wollen den Kernbestand des Sozialstaates erhalten und festigen, andererseits aber die von CDU und FDP überzeichneten, aber doch werbewirksam angesprochenen insbesondere bürokratischen und großorganisatorischen Fehlentwicklungen überwinden helfen.

Die SPD Niedersachsen hat bereits in ihrem Arbeitsprogramm 1982 vor der Landtagswahl deutlich gemacht, daß die herkömmlichen amtlichen Formen sozialer und gesundheitlicher Betreuung oft nicht ausreichen und finanziell überbelastet sind, und neue Wege "sozialdemokratischer Subsidiarität" und Zusammenarbeit aufgezeigt. Wir wollen eine Alternative zum reinen "Familienmodell" der CDU sowie zum "Selbstbeteiligungsmodell" der FDP- Ermunterung und aufbauende Kritik aus Elterngruppen, Behinderteninitiativen, von Jugend-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden an den von uns dargelegten Grundsätzen sowie viele Beschwerden an der derzeitigen CDU-Sozialpolitik in Niedersachsen lassen uns erkennen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Unzählige Eingaben gegen seine amtliche Sozialverwaltung und dabei vor allem gegen die Tätigkeit des unter dem jetzigen CDU-Sozialminister juristisch verengten Landessozialamtes Niedersachsen lassen uns aufhorchen. Ebenso geben uns manche Unzufriedenheiten mit allzu straff organisierten, hochtechnisierten und zu perfekt geführten stationären Großeinrichtungen - auch im Bereich der Alten- und Behindertenpflege - zu denken.

Uns erstaunt nicht, daß in dieser Situation viele Bürger auf den vermeintlichen CDU-Ausweg zurück zur "heilen Familie" schon ein interessiertes Auge werfen. Dennoch muß man diesem eben nur scheinbar guten Patentrezept immer wieder entgegenhalten, daß es diese schöne "Lesebuch-Familie" ja nie gegeben hat - weder beim Adel und Bürgertum noch bei den Industrie- und Arbeitssklaven des 19. Jahrhunderts und in der Landwirtschaft davor. Auch die Familie heute kann man nicht prinzipiell darauf verpflichten, wegen der vorhandenen Finanzierungsschwierigkeiten große Teile gesellschaftlicher Aufgaben zu übernehmen. Zum einen lassen dies die gegebenen Arbeits-, Wohn- und Finanzverhältnisse oft nicht zu; zum anderen fehlt es nicht selten an der Bereitschaft. Ein dritter Punkt wird aber vor allem vergessen: Familie ist ja nur ein - wenn auch besonders wichtiger - Ort unseres Lebens. Berufsfreude, Teilnahme an der Gesellschaft und gesellige Freizeit gehören doch ebenso zum Menschen. Immer wieder wird vergessen, daß Familie auch zu Unterdrückung oder Stagnation im Leben von manchen Familienmitgliedern führen kann. Das Bild vom total versorgten "Krüppel" hinter dem großen Küchenofen, der sein Leben abseits von den anderen dahindämmert, muß doch der Lesebuch-Familie von Ludwig Richter einmal entgegeng gehalten werden dürfen.

Wir wollen mit unseren älteren Mitbürgern und mit unseren Behinderten gemeinsam zusammenleben. Unser Ziel, die Integration, verlangt für Pflegebedürftige, daß ihre Fähigkeit zu einer mündigen Teilnahme am ganzen Leben erhalten und reaktiviert werden sollte. Wir können weder die reine Verwahrung noch die Totale Betreuung, die Aktivitäten eher abtätet als voran bringt, anvisieren. Die totale Versorgung in einem Großheim rund um die



Uhr durch ein Heer von professionellen Heilern und Helfern, angefangen von allerhand Spezialärzten über eine Reihe von Therapeuten und Gymnasten bis hin zu Animatoren und Sozialarbeitern, kann nicht das Ziel sein.

Darum erscheint es angezeigt, daß diese wichtigen Spezialisten der Pflege und der Rehabilitation auf die Versorgung bei akuten Krankheiten, Krisenintervention und Erstrehabilitation in der Regel beschränkt bleiben. Im Übrigen aber sollten sie hauptsächlich Eltern, Pflegeeltern und andere Bezugspersonen des pflegebedürftigen Mitbürgers darin unterweisen, wie man am besten eine aktivierende Pflege leistet. Sie sollten lehren, wie Teilnahme am Leben für den einzelnen behinderten oder alten Menschen möglich bleibt oder wieder möglich wird. Sie sollten gegebenenfalls auch einmal nachschauen (Supervision nennen das auch manche), ob alles richtig läuft. Dabei kommt es natürlich auf den Grad der Behinderung an, nicht alle kann man über einen Leisten beurteilen. Eine aktivierende Pflege stößt sicher auf gute Voraussetzungen, wenn Eltern oder Familienmitglieder dazu motiviert sind. Sie kann aber auch in Pflegefällen, Pflegenestern und Wohngemeinschaften begünstigt werden. Beispiele in Niedersachsen zeigen, daß auch in solchen Quasifamilien eine aktivierende Pflege möglich ist. Das Zusammenleben von nichtbehinderten und von behinderten Familien-, Pflegefamilien- oder Wohngemeinschaftsmitgliedern kann dabei gut gelingen, denn Ergänzungen sind möglich.

Aber auch die Betreuung und aktivierende Pflege alter Menschen ist in Altenwohnungskomplexen, in einzelnen Alten- oder Altenteilerwohnungen mit Nachbarschaftsbetreuung oder auch in Wohngemeinschaften denkbar. Selbst bestehende stationäre Einrichtungen und Heime gehen immer mehr dazu über, Wohngruppen oder Wohnfamilien zu bilden, die teilweise ihre Aufgaben und die anfallende Pflege autonom leisten.

Nur mit der heilen Familie, mit einem Heer von professionellen Pflegern und Helfern, nur mit einer Expansion der kommunalen und freigemeinnützigen Pflegeplätze und nur mit einer alles abdeckenden, wieder sehr teuren Pflegeversicherung kommen wir diesem gesellschaftlichen Problem Nummer eins nicht bei. Darum wird unsere Fraktion eine Reihe von Modellen und Vorschlägen zur aktivierenden Pflege und zur Pflege in der Familie und in kleineren Gemeinschaften als Beitrag zu einer neuen Sozialpolitik entwickeln. Neue Ideen sind dabei für uns nicht sozialpolitisches Feuilleton, sondern eine echte politische Hilfe.

(-/7.9.1982/hl/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

